

EVELYN REGNER

Informationen für MeinungsbidnerInnen



Paradise Papers

Was sind die Paradise Papers?

Die „Paradise Papers“ wurden am 5. November veröffentlicht und beinhalten 13,4 Millionen Dateien. Genauso wie die Panama Papers wurden die Daten durch das Internationale Konsortium Investigativer JournalistInnen (ICIJ) aufbereitet. Insgesamt waren 382 JournalistInnen aus 67 Ländern (in Österreich ORF & Falter) beteiligt.

Die Paradise Papers kommen von **3 verschiedenen Quellen** und umfassen den Zeitraum von 1950 bis 2016:

- ▶ Leak von der Anwaltskanzlei Appleby in Bermuda (6,8 Millionen Dokumente)
- ▶ Leak von der Anwaltskanzlei Asiatic Trust in Singapur (556.000 Dokumente)
- ▶ Leak von Unternehmensregistern von 19 Offshore Gebieten (6,2 Millionen Dokumente)¹

Der Großteil der aufgedeckten Systeme fällt unter die **legale aggressive Steuerplanung**. Aber natürlich braucht man ein großes Vermögen (als Privatperson oder Unternehmen), um sich derartige Konstruktionen mit Hilfe von AnwältInnen und SteuerberaterInnen leisten zu können. Auch wenn die Vorgänge legal sind, sind sie total unfair, geopolitisch gefährlich und zerstören ein gerechtes Steuersystem.

Brisante Fälle

- ▶ Zu den großen Kunden der Anwaltskanzlei Appleby zählen Apple & Nike
- ▶ Nike verschiebt seine europäischen Gewinne in die Niederlande und profitiert dort von den „attraktiven“ Steuergesetzen
- ▶ US-Handelsminister Wilbur Ross scheint als Kunde von Appleby auf. Er hält Beteiligungen mit Millionengeschäften mit dem engsten Umfeld von Putin – auf dem Umweg über Wien

¹ Antigua & Barbuda, Aruba, Bahamas, Barbados, Bermuda, Cayman Islands, Cook Islands, Labuan, Libanon, Malta, Marshallinseln, St. Kitts & Nevis, St. Lucia, St. Vincent, Samoa, Trinidad & Tobago, Vanuatu

- ▶ Viele UK Überseegebiete finden sich in den Papieren; etwa die Cayman Islands – hier müssen im Ausland erzielte Gewinne legal nicht versteuert werden
- ▶ Die UK Überseegebiete müssten sich an den automatischen Informationsaustausch halten bzw. haben ihn unterschrieben; Jamaika und die USA Überseegebiete nicht – da die USA selbst ja auch noch nicht daran teilnimmt
- ▶ Auch Queen Elizabeth II hat Millionen in Offshore Steueroasen investiert
- ▶ Formel 1 Star Hamilton & U2 Sänger Bono kommen außerdem in den Paradise Papers vor

Paradise Papers in Österreich

- ▶ Causa Bawag: Bawag Spekulant Flöttl (hat 1998 Bawag Milliarde in der Karibik versenkt) taucht in den Paradise Papers auf bzw. 7 liquidierte Gesellschaften von ihm auf der Karibikinsel Aruba; Elsner will den Bawag Prozess wieder aufrollen
- ▶ Schwedenbomben: Niemetz wurde 2013 von der Meinel Firma Heidi Chocolat gekauft, die Muttergesellschaft ist in der Schweiz.
 - Undurchschaubares Konstrukt: Heidi ist aber wiederum eine Tochter einer Bukarester Firma, die wiederum einer Firma auf Malta gehört – Anteilseigner der maltesischen Firma sind Meinls Gesellschaften auf den Cayman Islands
 - Von derartigen Konstruktionen können AnwältInnen und WirtschaftsprüferInnen verdienen, die Allgemeinheit bestimmt nicht

Zeit zu Handeln!

Die JournalistInnen haben uns neue Datensätze geliefert, jetzt muss auch die Politik nachschärfen. Lt. Berechnungen des Ökonomen Gabriel Zucman könnten die Einnahmen durch die Körperschaftssteuer in Österreich um 13 Prozent höher sein. Anstatt das Sozialsystem mit Kürzungen an die Wand zu fahren, sollte sich die neue schwarz-blaue Regierung dem Kampf für Steuergerechtigkeit anschließen.

Was oft übersehen wird: Die Entwicklungsländer sind die größten VerliererInnen der Steuerpiraterie. Lt. aktueller Oxfam-Studie entgehen den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Euro – alleine mit einem Drittel dieses Geldes könnte die medizinische Grundversorgung aufgebaut und das Leben von acht Millionen Kindern und 210.000 Frauen gerettet werden.

FÜNF MASSNAHMEN GEGEN STEUERBETRUG NACH den PARADISE PAPERS AUF EUROPÄISCHER EBENE:

1. Arbeit im Untersuchungsausschuss muss weiter gehen.

Wir haben gesehen, dass wichtige europäische Initiativen im Kampf für Steuergerechtigkeit nur auf Druck von uns Abgeordneten im Untersuchungsausschuss passiert sind. Diese wichtige Arbeit muss weiter gehen. Der Panama Untersuchungsausschuss fordert die Einrichtung eines **permanenten Untersuchungsausschuss – nach Vorbild des US-Kongresses**.

Ein **Untersuchungsausschuss** kann eingerichtet werden um Verstöße gegen das Unionsrecht und Missstände bei der Anwendung zu prüfen, er kann Dokumente anfordern und Personen auffordern, als Zeugen auszusagen. Die betroffenen Mitgliedstaaten oder Organe und Institutionen der Europäischen Union bestimmen jedoch die Beamten oder sonstigen Bediensteten, die sie dazu ermächtigen, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen. Sie können auch aus Gründen der Geheimhaltung oder der öffentlichen oder nationalen Sicherheit die Kooperation verweigern. Das EU-Parlament fordert, stärkere politische Kontrolle für den Untersuchungsausschuss, um bestimmte Personen vorzuladen oder Sanktionen bei unbegründeten Erscheinen zu verhängen. Ein **Sonderausschuss** hingegen befasst sich mit weiterführenden Belangen und verfügt über keine formalen Untersuchungsbefugnisse und ist daher mehr an dem Kooperationswillen von Regierungen und Einzelpersonen gebunden.

2. Öffentliche länderweise Berichterstattung (public CBCR) darf nicht länger im Rat blockiert werden.

Aktueller Stand: Das EU-Parlament hat dazu seinen Bericht im Juli 2017 angenommen. Im Rat schaut es leider etwas schlechter aus. Vor wenigen Wochen haben uns NGOs mit ihrer Sorge kontaktiert, dass die Mitgliedsstaaten versuchen, das Thema mit dem Hinweis auf die falsche Rechtsgrundlage zu beerdigen. Nur am Rande: Der Vorschlag basiert derzeit auf Art 50 I AEUV und damit dem Gesellschaftsrecht anstelle von 115 AEUV, was ein besonderes Gesetzgebungsverfahren und damit auch Einstimmigkeit und damit Unmöglichkeit einer politischen Einigung im Rat mit sich bringen würde. Das EU-Parlament wird weiter seine Arbeit machen und dem Rat eine Anfragen zur mündlichen Beantwortung mit Aussprache stellen. Unsere Fraktion bemüht sich bereits darum. Der anvisierte Zeitraum ist November/Dezember 2017. Die nächste Sitzung im Rat soll am 14.11.2017 stattfinden. Es bleibt zu hoffen, dass die neuen Enthüllungen den öffentlichen Druck auf die Mitgliedstaaten erhöhen, um zu einem gemeinsamen Standpunkt zu gelangen und nicht weiter die Blockadepolitik bzw. die Ambitionen die Richtlinie zu "killen" (über die Rechtsgrundlage) zu verfolgen. Die Regierungsverhandlungen in Deutschland verzögern derzeit auch eine Positionierung. Deutschland war gemeinsam mit Österreich ein Mitgliedstaat, das die Gegner der RL angeführt hat. Es bleibt zu hoffen, dass bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen die Deutschland- Position geändert wird. Ebenfalls darf Österreich nicht in die Gesellschaft der Blockierer wie Malta, Niederlande, Zypern & Co abrutschen.

Forderung aus dem Panama-Untersuchungsausschuss: Es gibt keine Ausreden mehr. Der automatische Informationsaustausch war wichtig, jetzt muss als nächster Schritt pCBCR kommen. Damit müssen die Multis ihre Steuerdaten veröffentlichen und wir erfahren, wo die Unternehmen ihre Gewinne verstecken.

3. Eine effektive schwarze Liste

Aktueller Stand: Im November 2016 gab es im ECOFIN eine Einigung auf die Kriterien und das Verfahren für die Erstellung der EU-Liste nicht kooperativer Länder & Gebiete für Steuerzwecke. Zu den Kriterien gehören Steuertransparenz (automatischer Informationsaustausch), Einhaltung der „Grundsätze des eines fairen Steuerwettbewerbs“ (laut Code Of Conduct Gruppe) sowie Umsetzung der Anti-BEPS Mindeststandards – nicht aber die 0% Körperschaftssteuer.² Der Screening-Prozess sollte diesen Sommer abgeschlossen worden sein und die fertige Liste soll am 6. Dezember 2017 präsentiert werden – bis 18. November können die angeschriebenen Länder auf die EU-Bedenken antworten. Der Profil berichtet, dass „aus politischen Gründen“ für manche

² <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14166-2016-INIT/en/pdf>

Staaten, etwa die USA, eine Ausnahme gemacht werden soll. Und auch ob Hongkong, Singapur oder die Schweiz als wichtige Handelspartner auf die Liste kommen ist unklar.

Forderung aus dem Panama Untersuchungsausschuss: Die Schwarze Liste muss so schnell wie möglich finalisiert werden. Der Untersuchungsausschuss spricht sich dafür aus, dass eine Körperschaftssteuer von 0% auch als Kriterium auf die Liste genommen wird; dass es strenge Sanktionen gibt – etwa das europäische Finanzintermediäre keine Geschäfte mit Ländern auf der Liste machen dürfen und dass EU Jurisdiktion selbst auf die Schwarze Liste kommen, wenn sie sich nicht an Regeln halten – nicht nur Drittländer. Außerdem müssen Freihandelsabkommen aufgehoben, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen gestrichen und Zollschränken, Kapitalverkehrskontrollen & Abzugsverbote in diesen Ländern eingeführt werden.

4. Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat: Damit wir endlich Fortschritte im Kampf für Steuergerechtigkeit erzielen können, muss die Einstimmigkeit im Rat abgeschafft werden. Dafür setzt sich Juncker genauso wie der Panama Untersuchungsausschuss ein.

5. Paradise Papers müssen Thema bei den Brexit-Verhandlungen sein: Insbesondere UK Überseegebiete stechen bei den Paradise-Papers hervor. Das Austrocknen der britischen Steuersümpfe muss Teil der Brexit Verhandlungen sein – etwa durch ein europäisches Doppelbesteuerungsabkommen mit UK.

Weitere Ableitungen aus dem Panama Untersuchungsausschuss

- ▶ Der Panama Untersuchungsausschuss spricht sich dafür aus, dass das Konzept der **digitalen Betriebsstätte** im europäischen Steuerrecht definiert wird. Ein wichtiger Schritt, damit sich die Internet-Multis nicht mehr davor drücken können, ihre Steuern zu zahlen.
- ▶ Der Panama-Untersuchungsausschuss spricht sich außerdem dafür aus, dass endlich gegen **Freeports**, wie etwa in Luxemburg, vorgegangen werden muss.
- ▶ Weitere wichtige Forderungen sind die rasche Umsetzung der **verpflichtenden Veröffentlichung der Ertragssteuerinformationen von Multis für jedes Land (sogenanntes pCBCR)**, der **Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (CCCTB)** und die **Einführung effektiver Mindest-Steuersätze** in der EU.
- ▶ Außerdem müssen wir beim Unternehmensrecht ansetzen um **Briefkastenfirmen endlich zu verbieten**. Wir sprechen uns klar gegen die von der Kommission vorgeschlagene **Europäische Einpersonengesellschaft (SUP)** aus. Der Untersuchungsausschuss fordert außerdem die Schaffung **eines Europäischen Unternehmensregisters**.
- ▶ Steueroasen gibt es nicht nur in Drittländern, sondern auch in der EU selbst. Deswegen soll die gemeinsame **Schwarze Liste auch EU-Länder umfassen** und mit entsprechenden **Sanktionen** versehen werden. Der Untersuchungsausschuss will etwa Finanzintermediären mit Sitz in der EU verbieten, in Territorien auf der schwarzen tätig zu werden.
- ▶ **Aggressive Steuerplanungsmodell** von Finanzintermediären sollen nicht nur an die Finanzbehörden gemeldet, sondern **veröffentlicht** werden (**DAC 6**).
- ▶ Die **Audit-Reform** muss dahingehend überarbeitet werden, dass die Rotationspflichten von WirtschaftsprüferInnen reduziert und prüfungsfremden Leistungen minimiert werden
- ▶ Die Enthüllungen der Panama Papers (aber auch Luxleaks, Bahamas Leaks und Football Leaks) haben wir mutigen **WhistleblowerInnen** und InvestigativjournalistInnen zu verdanken. Sie brauchen europaweiten Schutz. Der Untersuchungsausschuss hat meine Forderung nach einem Fonds für finanzielle Schäden für WhistleblowerInnen aufgenommen.